

Vorbemerkungen:

Mit Datum vom 01.03.2017 hat die Kreistagsfraktion DIE LINKE gemeinsam mit der Gruppe Freie Wähler Piraten beantragt, dass sich der Rhein-Sieg-Kreis bis zum 21.04.2017 als Modelllandkreis für das Pilotprojekt „Modellkommune Open Government“ bewirbt (**Anhang 1**).

Das Bundesministerium des Innern führt in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände das Projekt „Modellkommune Open Government durch und hat hierzu einen entsprechenden Teilnahmeaufruf veröffentlicht. Mit dem Projekt wird das Ziel verfolgt, Open-Government-Potenziale auf kommunaler Ebene sichtbar zu machen, indem neun Modellkommunen ausgewählt werden, bei denen es sich auch um Kreise handeln kann. Jede Modellkommune erhält über die gesamte Laufzeit von zwei Jahren Projektmittel in Höhe von 50.000 €, die für Personalkosten, Beratungsleistungen, Programmierleistungen verwendet werden können, eine investive Verwendung, z.B. Kauf von Hard- und Software, ist nicht möglich. Die Bewerbungsfrist endet am 21.04.2016.

Open Government steht für eine systematische Öffnung von Verwaltung und Politik. Drei Bausteine machen diese Öffnung aus: Transparenz, Partizipation und Kollaboration. Bundesweit fokussiert sich in Kommunen derzeit die Diskussion dabei stark auf das Thema Open Data, was als Basiselement die konsequente und logische Fortführung des Transparenzgedankens auf dem Weg zum Open Government ist. Über das reine Veröffentlichen von Daten und Informationen hinaus sollen künftig Datenbestände öffentlicher Stellen in maschinenlesbaren und offenen Formaten zur freien Weiterverwendung durch externe Dritte wie z.B. Bürger und Wirtschaft verfügbar gemacht werden.

Ziel des Modellprojektes ist, die Praktikabilität und Effektivität von Open Government auf kommunaler Ebene aufzuzeigen. Im Ergebnis des Modellvorhabens soll ein Leitfaden für die Kommunalverwaltungen entstehen (Arbeitstitel „Wie geht Open Government in Kommunen?“). Darin soll dargestellt werden, wie ein konkreter Nutzen durch Open Government für die Kommunen erreicht werden kann. Start des Projektes ist im Frühjahr 2017, Ende im Frühjahr 2019. Wegen der Einzelheiten des Projektes wird auf den als **Anhang 2** beigefügten Teilnahmeaufruf verwiesen,

Im Vorjahr hatte die Kreistagsfraktion DIE LINKE gemeinsam mit der Gruppe Freie Wähler Piraten beantragt, bei der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung im Rhein-Sieg-Kreis ein ständiges Datenportal auf der Internetseite einzurichten, das sich an den Open Data Prinzipien orientiert und den freien Zugang zu kreiseigenen Daten ermöglicht.

Die Verwaltung hatte hierzu am 27.08.2016 Stellung genommen, **Anhang 3** und vorgeschlagen, dass sie nach Fertigstellung der neuen Internetpräsentation und im Rahmen der Erstellung des Bürgerportals prüfen wird inwiefern beim Rhein-Sieg-Kreis ein umfassendes Open Data Portal umsetzbar und mit welchen Sach- und Personalkosten dies verbunden wäre. Hierüber bestand im Personalausschuss vom 07.09.2016 Einigkeit, darüber hinaus sollte im Jahr 2017 im Personalausschuss berichtet werden.

Erläuterungen:

Der neue Internetauftritt befindet sich derzeit im Ausschreibungsverfahren. Die Konzeption ist technisch so gestaltet, dass zukünftig sowohl ein Bürgerportal als auch weitere Portale wie z.B. Open Data unproblematisch implementiert werden können.

In einem zweiten Schritt ist dann zu prüfen, mit welchen Sach- und Personalkosten die Einrichtung derartiger Portale verbunden wäre.

Darüber hinaus stehen der Verwaltung im Amt 10 derzeit aufgrund umfassender aktuell umzusetzender Projekte (Einführung eines Dokumentenmanagementsystems, Elektronischer Rechnungsworkflow, Zusätzlicher Aufwand aufgrund der großen Baumaßnahmen - Hennef/Brandschutzsanierung Kreishaus- damit einhergehend Aktualisierung der Infrastruktur, Umstellung Telearbeit, Konzeptionierung Ausweichrechenzentrum etc.) derzeit nicht die personellen Ressourcen zur Verfügung, um bis zum 21.04.2017 ein Bewerbungskonzept zu erarbeiten, geschweige denn das Modellprojekt über 2 Jahre zu begleiten. Des Weiteren ist fraglich, ob die für das Projekt zu generierenden Mittel den damit verbundenen Aufwand abdecken werden.

Die Verwaltung plant daher keine Teilnahme an dem Projekt.

Zur Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017

(Sebastian Schuster)
Landrat